

Beschluss:

Die Unterrichtsversorgung an den halleschen Schulen ist unzureichend und gefährdet in der jetzigen Form die Bildungserfolge der derzeitigen und zukünftigen SchülerInnen in Halle und in ganz Sachsen-Anhalt. Dies wird in langfristiger Perspektive zur Belastung für die Kommunen im Land.

Das Thema hat in den vergangenen Wochen und Monaten seinen Widerhall in der Öffentlichkeit sowie bei den LehrerInnen, den SchülerInnen und bei deren Eltern gefunden.

Vor diesem Hintergrund fordern wir die Landesregierung auf:

- Die Unterrichtsversorgung an allen halleschen Schulen ist kurzfristig deutlich zu verbessern sowie mittel- bis langfristig vollumfänglich und nachhaltig sicherzustellen.
- Freie und frei werdende Stellen sind unverzüglich und vollumfänglich wieder zu besetzen. Die derzeitige Situation ist umgehend in Vorbereitung der anstehenden Halb- bzw. Schuljahre zu verbessern.
- Mittel- bis langfristig müssen die notwendigen Schritte zur Ausbildung einer ausreichenden Zahl von StudentInnen und zum Verbleib der neu ausgebildeten LehrerInnen im Land eingeleitet werden. Der Ausschreibungsprozess der zu besetzenden Stellen soll in Kooperation mit dem Zentrum für Lehrerbildung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg optimiert und gegebenenfalls vereinfacht werden.
- Die Beschäftigungsbedingungen für LehrerInnen müssen so attraktiv wie möglich gestaltet werden.
- Es müssen ausreichend und bedarfsgerecht (fächerbezogen) Referendariatsstellen dauerhaft zur Verfügung gestellt werden. ReferendarInnen, die sich an ihrer Ausbildungsschule bewerben, sollen bei der Auswahl besonders berücksichtigt werden.
- Die für die angemessene Betreuung der SchülerInnen notwendige Zahl von pädagogischen MitarbeiterInnen sowie die flächendeckende Einführung von Schulsozialarbeit ist nachhaltig sicherzustellen und die zuletzt vorgenommenen Einschnitte sind rückgängig zu machen.
- Die zum 31.12.2016 nicht weiter beschäftigten Sprachlehrkräfte an den halleschen Schulen sind nach Abstimmung mit den SchulleiterInnen zeitnah wieder einzustellen, um die Integration der betreffenden SchülerInnen zu ermöglichen.
- Die Ganztagschulkonzepte des Neuen Städtischen Gymnasiums und der 2. Integrierten Gesamtschule in Halle (Saale) sind nachhaltig anzuerkennen und die nötigen Ressourcen zur Umsetzung sind dauerhaft zur Verfügung zu stellen.
- Im Lehramtsstudium muss die Didaktikausbildung eine tragende Rolle spielen. Zudem sollten im Studium medien- und inklusionspädagogische Inhalte vermittelt werden.